

Postulate der Grossdemonstrationen in Bern

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **151 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-56380>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

6. Postulate der Grossdemonstrationen in Bern

Das vorbereitende Komitee für Frieden und Abrüstung (KFA) zeichnete für die Parolen verantwortlich, die als Aufruf an den Bundesrat, das Parlament und das Schweizervolk verstanden werden wollten:

5. Dezember 1981

1. Sofortige Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich! Gegen den Bau der Neutronenbombe und die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa!

Weltweite Abrüstungsgespräche sollen nur zwischen den beiden Supermächten so bald als möglich beginnen. Alle Völker, Bewegungen und Regierungen werden aufgefordert, zur Durchsetzung dieser Forderung bei den Gesprächen, welche am 30. November in Genf begonnen haben, Druck auszuüben.

2. Wir fordern ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal; im Bewusstsein, dass damit nur ein erster Schritt gemacht ist, um den Frieden zu sichern; im Bewusstsein, dass ein andauernder Kriegszustand herrscht, solange nicht alle Völker der Welt in voller Selbständigkeit über ihr Schicksal bestimmen können.

3. Wir rufen die schweizerische Bevölkerung auf, von Bundesrat und Parlament eine aktive Friedenspolitik im Sinn folgender Forderungen zu verlangen:

3.1. Im Sinn einer NATO-unabhängigen aktiven Neutralitätspolitik müssen alle Mittel benutzt werden, damit die Abrüstungsgespräche zu einem konkreten Ergebnis gelangen. Wir verurteilen die Unterstützung der NATO-Politik durch schweizerische Regierungsvertreter.

3.2. Ausbau des sozialen Sektors auf Kosten der Militärausgaben.

3.3. Kein obligatorischer Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung.

3.4. Kein Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates, wie er mit der Revision des Strafgesetzbuches geplant ist.

3.5. Schluss mit dem legalen und illegalen Export von Waffen und von Militär- und Nukleartechnologie.

3.6. Solidarität mit den Völkern der 3. Welt, für ihr Recht auf Selbstbestimmung, gegen alle Interventionen.

3.7. Für die Schaffung eines Friedensforschungsinstitutes.

3.8. Keine Kriminalisierung von Dienstverweigerern und oppositionellen Soldaten.

3.9. Abschaffung der Armee.

Dieses 9. Postulat war vom KFA nicht vorbereitet; es wurde am Schluss der Veranstaltung bei bereits gelichteten Reihen von radikalen Kräften auf dem Bundesplatz eingebracht.

5. November 1983

Der Forderungskatalog, vorbereitet vom Komitee für Frieden und Abrüstung (KFA), war sehr umfangreich. Die folgende Darstellung beschränkt sich darauf, die «innenpolitischen Postulate» von Ziff. 5 vollständig wiederzugeben, da diese unsere sicherheitspolitischen Vorstellungen direkt betreffen.

1. Keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. (...)

2. Abbau des Blocksystems statt Drohung mit dem Massenmord – Für sofortige Abrüstung in Ost und West – Für ein atomwaffenfreies Europa. (...)

3. Schwerter zu Pflugscharen: Solidarität mit den Friedensbewegungen auf der ganzen Welt, mit den unabhängigen Bewegungen in Osteuropa und der Freeze-Bewegung in den USA. (...)

4. Solidarität mit der Dritten Welt in ihrem Kampf um Freiheit, eigenständige Entwicklung und gerechte wirtschaftliche Beziehungen – Für Blockfreiheit und aktive Friedenspolitik als Prinzip einer NATO-unabhängigen schweizerischen Außenpolitik. (...)

5. Für die Entmilitarisierung unserer Gesellschaft – Sozialausgaben statt Rüstungsausgaben:

5.1. gegen den Einbezug der Frau in die Gesamtverteidigung;

5.2. gegen die Verbreitung der Illusion, dass ein Atomkrieg mit Hilfe des Zivilschutzes überlebbar sei;

5.3. gegen die Zerstörung von Natur und Kulturland durch den Aus- und Neubau von Waffenplätzen in Rothenturm und anderswo;

5.4. gegen den Ausbau des Zivilschutzes zu einer immer perfekteren Kontroll- und Überwachungsorganisation;

5.5. gegen den vom Bundesrat und von der Aargauer Kantonsregierung ins Auge gefassten Militäreinsatz zur Durchsetzung des AKW Kaiseraugst;

5.6. gegen die Arbeitsbeschaffung durch Rüstung, denn: Rüstung vernichtet Arbeitsplätze;

5.7. gegen die immens teure Aufrüstung der Schweizer Armee mit Offensivwaffen, z.B. den Kampfpanzer Leopard 2;

5.8. für die Einführung des Zivildienstes;

5.9. für Sozialausgaben statt Rüstungsausgaben, darum soll das Volk über Rüstungsausgaben abstimmen können; (Rüstungsreferendum; Red.)

5.10. für das vollständige Verbot von Waffen- ausfuhr und Atomexporten;

5.11. für die Förderung der Friedensforschung durch Bundesmittel.

7. Merkmale dieser Postulate

– Manche Postulate vertreten Anliegen, die an sich unterstützt werden könnten, z.B.: Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, Recht auf eigenständige Entwicklung aller Völker, Abbau des Blocksystems, Abrüstung in Ost und West.

– Einige Postulate vertreten zumindest versteckte östliche Positionen, z.B. ein atomwaffenfreies Europa ist nur denkbar, wenn die UdSSR darauf verzichtet, auch östlich des Urals Raketen, die auf Europa gerichtet sind, zu stationieren.

– Einige Postulate vertreten einseitig östliche Politik, z.B. keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Wer das fordert, ohne gleichzeitig die Beseitigung der bereits aufgestellten SS-20-Raketen zu verlangen, vertritt einseitig östliche Positionen. Es kann nicht im gleichen Atemzug Blockfreiheit und eine NATO-unabhängige Aussenpolitik gefordert werden. Wer sich einseitig gegen die NATO-Nachrüstung ausspricht, ohne die östliche Vorrüstung zu verurteilen, ist nicht blockfrei.

– Manche Postulate sind Behauptungen, aufgestellt mit der Absicht, den unkritischen Bürger zu verunsichern, z.B. Sozialausgaben statt Rüstungsausgaben, keinen vom Bundesrat ins Auge gefassten Militäreinsatz in Kaiseraugst, Zerstörung von Natur und Kulturland durch Waffenplätze, Unterstützung der NATO-Politik durch schweizerische Politiker, Zivilschutz als perfekte Kontroll- und Überwachungsorganisation, Entmilitarisierung der Gesellschaft usw.

– Wer als gutgläubiger Mitläufer meint, einzelne Postulate unterstützen zu können, muss sich bewusst sein, dass er sich durch die Teilnahme an einer Demonstration in der Öffentlichkeit hinter alle Demonstrationspostulate des Komitees für Frieden und Abrüstung (KFA) stellt. Er hat unter anderem am 5. Dezember 1981 ungewollt auch für die Abschaffung der Armee demonstriert.

8. Kritische Beurteilung einiger Postulate der Friedensbewegungen im Vergleich zur Sicherheitspolitik in der Schweiz

8.1. Grundsätzliche Probleme und Grenzen der Vergleichsmöglichkeiten

8.1.1. Die Forderungen der Friedensbewegungen sind punktuell

Viele Postulate der Friedensbewegungen sind Einzelforderungen, teilweise ohne inneren Zusammenhang. Ein Vergleich mit den sicherheitspolitischen Maximen ist nur beschränkt möglich.

Die systematische Gesamtschau der Sicherheitspolitik

(Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 27. Juni 1973)

Die Sicherheitspolitik ist umfassend; der Bericht soll dem Volk «Einblick geben in die Vielschichtigkeit der staatlichen Selbstbehauptung» (Ziff. 12)